

Der Hafen-Boom hat seinen Preis

Mit dem Ausbau des Areals ist ein Naturausgleich fällig

Von Franziska Mohr

Königs Wusterhausen/Wildau – Die Städte Königs Wusterhausen und Wildau mit einem kleinen, verträumten Hafen, das mögen sich Touristiker noch so sehr wünschen, auf die Lutra Hafengesellschaft trifft es nicht zu.

Hier wurden seit 1990 über 52 Millionen Euro investiert. 330 Meter Kaianlagen wurden gebaut und die Gewerbe- und Industriefläche erweitert sich zum Ende dieses Jahres nochmals um knapp zehn Hektar. Das Industrieareal wurde komplettiert durch eine Straßenbrücke, die den Nord- und den Südhafen verbindet, sowie eine neue Hafenstraße, die eine Autobahnanbindung an den Berliner Ring garantiert. Auch das Schienennetz wurde um 600 Meter erweitert. 15 Unternehmen mit etwa 250 Arbeitsplätzen siedelten sich hier nach der Wende an.

Imposante Angaben, die aber auch einen Wermutstropfen enthalten. Allein für die Umsetzung des Bebauungsplanes „Hafenerweiterung Wildau“ aus dem Jahr 2002 mussten 3,7 Hektar Wald, drei Hektar Biotop und 3,7 Hektar Vegetationsfläche weichen. Für diesen Eingriff in die Natur wurde die Lutra Hafengesellschaft zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verpflichtet. Im Ergebnis wurden Waldflächen am Krebssee sowie in Gussow und Bindow aufgeforstet sowie Bäume an der Umgehungsstraße für Königs Wusterhausen gepflanzt. Außerdem finanzierte die Hafengesellschaft mit 600 000 Euro die Sanie-

rung der Tonteiche in Neue Mühle. Auch aus der Deponie des Wildauer Küchensees wurden nach Angaben von Lutra-Geschäftsführer Reinhard Schuster 110 000 Kubikmeter Müll fachgerecht entsorgt: „Die gesamte Deponie dort abzutragen, war aber nicht vertretbar“. Schuster bedauert, „dass es der Stadt Wildau nicht gelungen ist, für Nachhaltigkeit zu sorgen, so dass vieles wieder zugewuchert ist. Das lässt Ausgleichsmaßnahmen fragwürdig erscheinen.“ Ein Vorwurf, den Bauamtsleiter Wilfried Kolb zurückweist. Die Natur gehe in Flachwassergebieten eigene Wege. Schwierigkeiten räumt Schuster auch bei der Wiederherstellung des Grabensystems auf den Dahmewiesen ein. Der Streit ging so weit, dass der Nutzer ein zeitweiliges Betretungsverbot erließ, weil die Wiese seiner Auffassung nach so feucht war, dass sie mit moderner Technik nicht mehr gemäht werden konnte. Die Gesamtinvestitionen für Ausgleichsmaßnahmen der Lutra beliefen sich auf 2,9 Millionen Euro, davon entfallen allein 560 000 Euro auf die Dahmewiesen.

Die Stadt Wildau beauftragte jetzt das im Kreis auf Naturausgleich spezialisierte Fachbüro BADC, eine Gesamtkonzeption für die Dahmewiesen unter Einbeziehung aller Akteure vom Eigentümer über die Nabu bis zu den Wasser- und Forstbehörden zu erarbeiten. Darin sollen auch die noch von der Lutra planmäßig zu erbringenden Pflegeleistungen enthalten sein.